

Initiative D21

Bundes-CIO nicht opfern

[20.11.2007] Laut Initiative D21 ist die Institutionalisierung eines Bundes-CIO Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Steuerung von IT-Vorhaben. In einer Stellungnahme wendet sich die Initiative gegen Überlegungen der Bundesregierung statt eines Bundes-CIO einen Ausschuss zu berufen.

Die Initiative D21 hat eine Stellungnahme zur Position eines Bundes-CIO veröffentlicht. Darin appelliert sie an die Bundesregierung eine solche Stelle entsprechend der Ankündigung der Bundeskanzlerin beim IT-Gipfel 2006 einzurichten. Im Vorfeld des zweiten IT-Gipfels sähe es so aus, als ob an die Stelle eines mit Machtbefugnissen ausgestatteten CIO des Bundes ein Ausschuss von Staatssekretären aus Bundesinnen- und Bundesfinanzministerium sowie einem Vertreter des Bundeskanzleramtes treten solle. Die Institutionalisierung eines Bundes-CIO und die 2006 ebenfalls vorgeschlagene CIO-Organisation sind laut Initiative D21 jedoch unabdingbare Voraussetzungen für eine effizientere Zusammenarbeit von Verwaltung und Wirtschaft. Nur so könnten bislang unerschlossene Potenziale für die Verbesserung der Verwaltungsprozesse und der Serviceleistungen auch genutzt werden. Bernd Bischoff, Präsident der Initiative D21, sagt: "Eine ressort- und ebenenübergreifende Steuerung der IT der öffentlichen Verwaltung in Deutschland erfordert einen CIO mit persönlicher Verantwortung und entsprechenden Haushalts- und institutionalisierten Machtbefugnissen." *(rt)*

Stellungnahme der Initiative D21 zum Konzept "IT-Steuerung Bund / CIO Konzept" (; 24 KB) (Deep Link)
<http://www.initiativesd21.de>

Stichwörter: Initiative D21, Bundes-CIO, Stellungnahme, IT-Gipfel

Quelle: www.kommune21.de